

Deutsche Partei fordert Sanktionen gegen Israel

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 16.06.20

Die deutsche linksgerichtete Partei *Die Linke* fordert Sanktionen gegen Israel, wenn es die geplante Annexion großer Teile der besetzten Westbank vorantreibt.

In Deutschland herrscht ein streng forcierter - aber intellektuell bequemer und moralisch abstoßender - elitärer Konsens darüber, dass bedingungslose Unterstützung für Israel und Untätigkeit angesichts seiner Verbrechen an den Palästinensern notwendig sind, um die Ermordung von Millionen europäischer Juden in den Todeslagern des deutschen Naziregimes zu sühnen.

Angesichts der sich abzeichnenden Ablehnung einer gerechten Zwei-Staaten-Lösung durch die israelische Regierung, in der Bürger beider Seiten mit gleichen Rechten leben würden, fordert *Die Linke* gleiche Bürgerrechte für Palästinenser und Israelis.

Nur wenige prominente deutsche Politiker haben den Mut oder die moralische Klarheit, zu verstehen, dass eine echte und prinzipienfeste Buße bedeuten würde, für Israel die gleichen Menschenrechtsstandards anzuwenden wie für jedes andere Land.

Stattdessen läuft die tatsächliche deutsche Politik darauf hinaus, Israel abzuschirmen und zu belohnen, wenn es über Jahrzehnte Kriegsverbrechen begeht und ungestraft Eroberung, Besatzung und Apartheid praktiziert. Ein Abweichen von diesem Konsens zieht typischerweise falsche Verleumdungen wegen Antisemitismus nach sich.

In den vergangenen Jahren wurde *Die Linke* von den Palästinensern heftig kritisiert, weil sie sich diesem Konsens angeschlossen hatten. In diesem Zusammenhang ist der jüngste bescheidene Schritt der Partei *Die Linke*, die 69 Sitze im Bundestag innehat, ein bedeutender Schritt.

„Die angestrebte Enteignung und Annektierung von palästinensischem Land im Jordantal würde der palästinensischen Bevölkerung die Verwaltung, Gesetze und Rechtsprechung Israels aufzwingen, ohne dass die Betroffenen die israelische Staatsbürgerschaft erhalten würden“, so die Partei in der am 6. Juni von ihrem Parteivorstand verabschiedeten Erklärung.

„Für den Fall, dass die israelische Regierung die Annexion beschließt, setzt sich *Die Linke* dafür ein, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel ... auszusetzen“, heißt es außerdem im Beschluss. Dieses Abkommen bietet Israel üppige Unterstützung und Privilegien von der Europäischen Union, aber es sollte nur gelten, wenn Israel die Menschenrechte respektiert.

Insbesondere scheint *Die Linke* auch einen Kurswechsel hin zur Unterstützung eines einzigen demokratischen Staates anzudeuten, in dem Palästinenser und israelische Juden volle Gleichberechtigung genießen würden.

Angesichts der sich abzeichnenden Ablehnung einer gerechten Zwei-Staaten-Lösung durch die israelische Regierung, in der Bürger beider Seiten mit gleichen Rechten leben würden, fordert *Die Linke* gleiche Bürgerrechte für Palästinenser und Israelis, erklärt die Partei.

„Für *Die Linke* gilt das folgende Prinzip überall und zu jeder Zeit: Alle Einwohner eines jeden Landes sollen die gleichen Rechte genießen - unabhängig von ihrer Religion, Sprache oder ethnischen Gruppe.“

„Was von der Westbank übrig bliebe, wäre ein palästinensischer Bantustan, Inseln unzusammenhängenden Landes, die vollständig von Israel umgeben wären und keine territoriale Verbindung zur Außenwelt hätten.“

Doch diese Grundvoraussetzung steht im Gegensatz zum Zionismus, der rassistischen Staatsideologie Israels, die besagt, dass den Palästinensern grundlegende Rechte, einschließlich des Rechts auf Rückkehr in ihr Heimatland, einzig und allein deshalb verweigert werden sollten, weil sie keine Juden sind.

Doch *Die Linke* verzichtet darauf, eine Ein-Staaten-Perspektive zu vertreten, sondern fordert stattdessen die Bundesregierung auf, „auf israelische und palästinensische Selbstbestimmung, die Anerkennung des Staates Palästina und seine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen hinzuwirken“. Die Partei bekräftigt auch ihre Forderung nach „Aussetzung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel“.

Beendigung der Straflosigkeit

Unterdessen forderten am Dienstag mehr als 50 UN-Menschenrechtsexperten, Israel für seine Annexionspläne zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Sonderberichterstatter - die vom Menschenrechtsrat ernannt werden und unabhängig arbeiten - sagten, eine Annexion würde „ein Grundprinzip des Völkerrechts verletzen und muss von der internationalen Gemeinschaft in geeigneter Weise bekämpft werden“.

Sie stellen fest, dass die Palästinenser in den 53 Jahren der israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens „tiefgreifende Menschenrechtsverletzungen“ erlitten haben.

Dazu gehören die Beschlagnahme von Land und Ressourcen, gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen, exzessive Gewaltanwendung und Folter, Belastung durch giftige Abfälle, willkürliche Inhaftierung und Festnahme von Kindern, wirtschaftliche Entbehrungen, strenge Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die „Auferlegung eines Zweiklassensystems mit unterschiedlichen politischen, rechtlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechten auf der Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit und Nationalität“. „Diese Menschenrechtsverletzungen würden sich nach der Annexion nur noch verschärfen“, stellen die UN-Experten fest.

„Was von der Westbank übrig bliebe, wäre ein palästinensischer Bantustan, Inseln unzusammenhängenden Landes, die vollständig von Israel umgeben wären und keine territoriale Verbindung zur Außenwelt hätten.“

Die Experten stellen fest, dass Israel zuvor zweimal besetztes Gebiet annektiert hat: Ost-Jerusalem 1980 und die Golanhöhen Syriens 1981.

Doch obwohl der UN-Sicherheitsrat diese Schritte scharf verurteilt hat, hat er „keine wirksamen Gegenmaßnahmen“ ergriffen, um sich den Annexionen oder Israels anhaltender Siedlerkolonisierung besetzten Landes zu widersetzen.

„Diesmal muss es anders sein“, stellen die Experten fest und drängen auf ein „Ende der Straflosigkeit“ für Israel.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/german-party-calls-sanctions-israel>

-